Detlev Humann

Die „Arbeitsschlacht“ als Krisenüberwindung

„Volksgemeinschaft gegen Arbeitslosigkeit“ postulierte der Presseamtsleiter der Deutschen Arbeitsfront im Sommer 1933. Er verlangte in einer Zeitschrift:

Jeder Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, selbst wäre er von bestem Willen getragen, *muß* scheitern, wenn er nicht vom ganzen Volk getragen wird. [...] Deshalb war es das erste Bestreben Adolf Hitlers, ein einiges deutsches Volk zu schaffen. Darum wurde die deutsche Stammeszerissenheit beseitigt. Der Nationalsozialismus vernichtete den Klassenkampf, wo er ihn traf. Das blödsinnige deutsche Parteiwesen verschwand von der Bildfläche. [...] Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist gleichbedeutend mit einem Krieg, der von einem Volk nur dann gewonnen werden kann, wenn es einig ist. Einig in seinen Ständen, einig in seinen Stämmen. Eine Niederlage in diesem unblutigen Kampfe wäre für das deutsche Volk schlimmer als eine verlorene Schlacht des Weltkrieges.¹

Das klang so, als hätte erst die Weimarer Demokratie zerstört werden müssen, um in vermeintlicher Eintracht die Arbeitslosigkeit verringern zu können. Gleichschaltung und Diktatur waren angeblich die Voraussetzungen dafür, im „Krieg“ gegen die Arbeitslosigkeit bestehen zu können, so die autoritäre Logik in militärischer Metaphorik. Wie dramatisch sich die Lage dargestellt habe, sollte der Weltkriegsvergleich unterstreichen. Keine drei Jahre später war der Kampf allem Anschein nach gewonnen. Errungen schien der Sieg in der „Arbeitsschlacht“, der nationalsozialistischen Bezeichnung für die eigenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Erfolg wurde besonders gefeiert, als im März 1936 eine sogenannte Reichstagswahl anstand. Plakate verkündeten die einzelnen Posten der Erfolgsbilanz, dargeboten im Ton eines Dankgebetes:

Wir danken dem Führer, *daß er Deutschland vor dem Untergang rettete.*

Wir danken dem Führer, *daß er Schornsteine wieder zum Rauchen, stillstehende Räder der Fabriken wieder zum Laufen brachte.*

Wir danken dem Führer, *daß er die Arbeitskraft unseres Volkes für große, der Gemeinschaft dienende Werke zusammenfaßte, Autobahnen, gewaltige Bauten, neuen, fruchtbaren Boden schuf.*

Wir danken dem Führer, *daß er Millionen von dem Elend der Arbeitslosigkeit befreite.*

Wir danken dem Führer, *daß er durch die Einführung der Arbeitsdienstpflcht die Arbeit edelte.*

¹ Hans Biallas, Volksgemeinschaft gegen Arbeitslosigkeit, in: Informationsdienst. Mitteilungsblatt der NSBO-Pressestelle 2 (1933) 27 vom 29.7.1933. Hervorhebung im Original durch Sperrung.

Wir danken dem Führer, daß er den Arbeiter als gleichgeachtetes Glied in die deutsche Volksgemeinschaft einfügte. [...]²

Tatsächlich war es so: Bis 1936 hatte die Konjunktur stark angezogen, die Produktion war angestiegen und die vormalige Massenarbeitslosigkeit schickte sich an, ganz zu verschwinden. Straßen und Bauten entstanden, Böden wurden verbessert und Ackerflächen gewonnen. Junge Männer zog der Arbeitsdienst ein, und auch ältere Arbeiter fanden wieder Beschäftigung. Entstand so die harmonische „Volksgemeinschaft“, die ganz „dem Führer“ zu verdanken war?

1 Arbeitsbeschaffungsprogramme und Besonderheiten

Obwohl die Nationalsozialisten im Jahr 1932 mehrere Arbeitsbeschaffungsprogramme lancierten, passierte nach Hitlers Regierungsantritt zunächst wenig; wichtiger als Arbeitsbeschaffung war zweifelsohne Machtsicherung.³ Die Ministerialbürokratie führte zwar die Maßnahmen der Vorgängerregierungen fort, aber erst im Juni und September 1933 traten zwei Gesetze „zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ in Kraft, die als eigenständige Programme zu sehen waren; in diesen Zeitraum fiel auch das „Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens Reichsautobahnen“.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des „Dritten Reiches“ waren vom Volumen her bedeutender als die Programme der Weimarer Zeit, auch die Finanzierung durch Kreditschöpfung war beachtlich. Ins Bewusstsein der Zeitgenossen drangen aber die Dinge, die sie selbst sahen oder die ihnen die Propaganda nahebrachte: Zuerst die Autobahnen, die viel mehr Arbeitsplätze versprachen, als sie mit Verspätung tatsächlich erbrachten.⁴ Breite, endlose Straßen über hohe Talbrücken hinweg bündelten Sehnsüchte und ließen sie realisierbar

2 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Plakatsammlung 18607. Hervorhebung im Original durch Fettdruck.

3 Dazu und zum Folgenden: Detlev Humann, „Arbeitsschlacht“. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939, Göttingen 2011, S. 38–78.

4 Dazu grundlegend: Erhard Schütz/Eckhard Gruber, Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933–1941, Berlin 1996. Vgl. auch: Richard Vahrenkamp, The German Autobahn 1920–1945. Hafraba Visions and Mega Projects, Lohmar 2010. Mit regionalem Schwerpunkt: Reiner Ruppmann, Schrittmacher des Autobahnzeitalters. Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet, Darmstadt 2011.

erscheinen: Naturverbundenheit, Freiheit, Grenzenlosigkeit, Geschwindigkeitsrausch, Grandiosität, Machbarkeit – wenn nicht gar Allmacht und Ewigkeitsanspruch. Mit solchem Beeindruckungspotenzial konnten Wohnungsinstandsetzungen, Bodenverbesserungen, Flussregulierungen, Siedlungsbauten und viele andere Maßnahmen der gewöhnlichen Arbeitsbeschaffung nicht aufwarten, obwohl sie für mehr Beschäftigung sorgten.

Während die Finanzierung durch Wechsel oder Abgaben keine besondere Beteiligung der Bevölkerung zu erfordern schien, so zwang die „Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“ zum Bekenntnis.⁵ Die Arbeitsspende war wie viele Spenden im „Dritten Reich“ nur bedingt freiwillig; in vielen Fällen wurde sie Arbeitern, Angestellten und Beamten direkt von Lohn, Gehalt oder Besoldung abgezogen und an das Finanzamt überwiesen. Auch wenn dazu das Einverständnis des Betroffenen nötig war, dürfte der Gruppendruck, sich zu beteiligen, hoch gewesen sein. Trotz des Ärgers vor allem bei Geringverdienern über den augenblicklichen Verlust an Kaufkraft hatte die Spende wohl auch einen längerfristigen Effekt, den die Propaganda vom „Opfergeist“ umriss: Wenige Jahre später, als die Arbeitslosigkeit verschwunden sein sollte, konnten alle Spender mit Fug und Recht behaupten, sie hätten ihren Anteil an der erfolgreichen „Arbeitsschlacht“ gehabt. Im zufriedenen Rückblick konnte sich das frühere Ärgernis in gerechtfertigte Großzügigkeit wandeln – wenn es schon nicht zum „Opfergeist“ reichen sollte. Da war es sogar günstig, dass die „Volksgeossen“ weder beim Spenden 1933/34 noch später erfuhren, wie mit ihrer Gabe militärische und parteiamtliche Zwecke verfolgt wurden.

Ein anderes, gewiss weniger bekanntes Kuriosum war das „Gesetz über die Einschränkung der Anwendung von Maschinen in der Zigarrenindustrie“.⁶ Es war ebenfalls ideologisch motiviert, auch wenn die Opferbereitschaft nur den Zigarrenproduzenten abverlangt wurde, die Maschinen einzusetzen. Das Gesetz, das offenbar von Ressentiments aus der Zeit des Maschinensturms gespeist wurde, verbot die Rationalisierung durch Maschinen, um Arbeitsplätze zu schützen. Propagandisten und Werbetreibende konnten nicht nur mit Beschäftigungssicherung argumentieren, sondern auch die menschliche Handarbeit aufwerten und das seelenlose Massenprodukt aus der Maschine brandmarken. Als Verbot für eine bestimmte Branche war das Gesetz außergewöhnlich, exemplarisch stand es dafür, dass die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung häufig darauf verzichtete, Maschinen einzusetzen – etwa bei Erdarbeiten oder beim Steinschlag für den Straßen- und Wegebau.

⁵ Humann, *Arbeitsschlacht*, S. 87–95.

⁶ Ebd., S. 107–109.

2 Flankierende Maßnahmen

2.1 Ehestandsdarlehen

Ideologisch motiviert war auch das Ehestandsdarlehen.⁷ Wenn die Frau auf ihren Arbeitsplatz verzichtete, so erhielten Eheleute mehrere Hundert Reichsmark in Form von Gutscheinen, die sie für den Kauf von Hausrat und Einrichtungsgegenständen verwenden konnten. Damit sollten Arbeitsplätze für Männer freigemacht und Branchen wie die Möbelindustrie gefördert werden. Zudem verfolgte das Regime ein bevölkerungspolitisches Ziel: Das Darlehen konnte nicht nur wie jeder Kredit getilgt werden, sondern auch durch Geburten „beglichen“ werden – für jedes Kind wurde ein Viertel des Darlehens erlassen.

Die Vorstellung, die das Ehestandsdarlehen prägte, war deutlich: Frauen sollten Kinder gebären und sich um den Haushalt kümmern, während die Männer dem Broterwerb nachgingen. Diese Vorstellung fand zwar nicht überall Zustimmung, sie war aber nicht nur in konservativen Kreisen Konsens. Die ideologischen Implikationen wurden bei weiteren Bestimmungen noch deutlicher: Mit dem Darlehen durften nur „deutsche“ Waren gekauft werden – nicht jedoch beim „jüdischen“ Händler. Überhaupt erhielten nur „arische“ Paare das Darlehen, und auch nur dann, wenn die Ehe im „Interesse der Volksgemeinschaft“ lag und „erbgesunder“ Nachwuchs zu erwarten war; schlimmstenfalls konnte eine amtsärztliche Untersuchung in die Zwangssterilisation der Darlehensbewerber münden. Das Ehestandsdarlehen umriss also Rollen und Grenzen der „Volksgemeinschaft“: Es prämierte das Dasein als Hausfrau und Mutter und wies den Weg zu männlicher Erwerbstätigkeit; dagegen belastete es ledige Einkommensbezieher, die Ehestandshilfe zahlen mussten. Das Darlehen belohnte das heimische Gewerbe und „deutsche“ Händler, dagegen wurden auswärtige Produzenten und „nichtarische“ Händler diskriminiert.⁸ Weitere Ausgrenzungen trafen mögliche Darlehensbewerber: Juden, „politisch Unzuverlässige“, „Erbkranke“, Zeugungsunfähige; sogar die Erwerbslosigkeit des Mannes konnte zum Ausschluss führen; insofern wurden auch Arbeitslose in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit diskriminiert. Insgesamt waren also einige Hürden zu nehmen, um in den Genuss des Darlehens zu kommen. Und diejenigen, die es ge-

⁷ Ebd., S. 118–135.

⁸ Das Reichsfinanzministerium bestimmte dabei, dass nur „Deutsche Erzeugnisse“ gekauft werden durften. Manchmal ordneten Kommunen vor Ort (z. B. Ingolstadt) an, dass die Bedarfsdeckungsscheine des Ehestandsdarlehens nur vor Ort eingelöst werden durften: Humann, Arbeitsschlacht, S. 119 u. 130.

schaft hatten, durften sich gewissermaßen als wertvolles Glied der „Volksgemeinschaft“ fühlen, umso mehr, wenn sie das Darlehen durch Kinder tilgen konnten, was die Propaganda allenthalben lobte.

2.2 Weitere Verdrängung in die Hauswirtschaft

Das Ehestandsdarlehen war nicht die einzige Maßnahme, die Haus und Heim als Tätigkeitsbereich der Frau vorzeichnete. Im Zuge der Arbeitsbeschaffung wurde die Einstellung von Hausgehilfinnen auf dem Gebiet der Steuern, Abgaben und Beiträge begünstigt.⁹ Für Arbeitgeber wurde es lohnender, Haushälterinnen zu beschäftigen; für die Frauen wurde der Beruf nicht unbedingt attraktiver, weil er aus der Arbeitslosenversicherung ausgegliedert worden war. Völlig unattraktiv war das Hauswirtschaftliche Jahr, mit dem Schulabsolventinnen geparkt und vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden sollten, weil es einem fast unbezahlten Praktikum glich. Letztlich profitierten Arbeitgeber und arbeitslose Hausgehilfinnen, wenn sie wieder eine Stellung fanden. Insgesamt wurden häusliche Dienste für Frauen aber prekärer, und Männer profitierten indirekt von weniger Konkurrenz um besser bezahlte Stellen.

2.3 Kampf gegen das „Doppelverdienertum“

Männer im Allgemeinen waren auch die Gewinner beim Kampf gegen den „Doppelverdienst“.¹⁰ Denn der Vorwurf des ungerechtfertigten zweifachen Familieneinkommens traf insbesondere Frauen oder Töchter, die wie ihre Männer oder Brüder ebenfalls einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Kritisiert wurde, dass Doppelverdienerinnen und Doppelverdiener den Erwerbslosen Arbeitsplätze wegnähmen. Übersehen wurde dabei gern, dass viele Niedriglöhner, Teilzeitbeschäftigte oder Kurzarbeiter ihren Unterhalt oder den der Familie nicht mit einer einzigen Stelle bestreiten konnten. Dennoch war die Denkfigur vom gemeinschaftsschädigenden Doppelverdienst verbreitet, weil der Ruf nach ausgleichender Gerechtigkeit in Notzeiten auf besondere Empfänglichkeit traf. Und die Ankündigung, den Doppelverdienst zu bekämpfen, schien schon zum Ende der

⁹ Humann, *Arbeitsschlacht*, S. 136–151; Mareike Witkowski, In untergeordneter Stellung. Hausgehilfinnen im Nationalsozialismus, in: Nicole Kramer/Armin Nolzen (Hrsg.), *Ungleichheiten im „Dritten Reich“*. Semantiken, Praktiken, Erfahrungen, Göttingen 2012, S. 155–175.

¹⁰ Humann, *Arbeitsschlacht*, S. 152–178.

Weimarer Republik populär, nicht nur bei Nationalsozialisten. Was dann aber die Diktatur an Kampfesfeier und Verfolgungswut zeigte, übertraf deutlich die Vorahnungen zur Zeit der Demokratie. Sicher hatten diejenigen, die man des Doppelverdienstes verdächtigte, wenig mit den Kämpfern gegen den Doppelverdienst gemeinsam, aber für enttäuschte Erwerbslose, rachsüchtige Denunzianten und übermotivierte Parteisoldaten bot sich eine Arena, in der sie Frust abbauen, Nachbarn anschwärzen oder sich in brauner Uniform bewähren konnten – ganz im Gewand der Gemeinnützigkeit, ganz im Sinne der „Volksgemeinschaft“. Den Schönheitsfehler, dass viele Parteifunktionäre selbst Mehrfachverdiener waren, galt es dabei zu übersehen.

2.4 Kampf gegen die „Schwarzarbeit“

Gemeinschaftsdienst schrieben sich auch diejenigen aufs Banner, die Schwarzarbeit bekämpften.¹¹ Nur nachrangige Bedeutung hatte es dabei, dass es der Reichsregierung selbst nicht gelang zu definieren, was unter dem Delikt zu verstehen sei – weder beim „Doppelverdienst“ noch bei der „Schwarzarbeit“. Vor Ort sorgten aber Drohungen, Razzien und Denunziationen dafür, dass es Unterstützungsempfänger kaum noch wagten, Nebeneinkünfte beim Amt zu verschweigen. Und die Propaganda zur „Schwarzarbeit“ erweckte den Eindruck, dass das energische Eingreifen von Staat und Partei nötig gewesen wäre, um – auch auf diesem Gebiet – Recht und Ordnung wiederherzustellen. Die Gemeinschaft schien zu gewinnen, selbst wenn einige Aktionisten die Grenzen der Vernunft überschritten hatten, wenn sie beispielsweise Selbststrasierer zu Schwarzarbeitern deklarieren und den Gang in die Frisierstube vorschreiben wollten.

2.5 Beschränkung der Freizügigkeit und der Berufsfreiheit

Während der Kampf gegen Doppelverdienst und Schwarzarbeit auf fehlender oder zweifelhafter juristischer Grundlage ablief, waren Beschränkungen der Freizügigkeit und der Berufsfreiheit rechtlich klarer umrissen.¹² Per Gesetz wurde die Arbeitsverwaltung ermächtigt, bestimmte Regionen vom Zuzug Arbeitssuchender fernzuhalten, was sie für Berlin, Hamburg und Bremen auch tat. Mit

¹¹ Ebd., S. 179–194.

¹² Ebd., S. 195–211.

demselben „Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes“ ermächtigte man die Arbeitsverwaltung auch anzuordnen, dass Landarbeiter nur noch mit amtlicher Zustimmung in anderen Wirtschaftszweigen eingestellt werden dürfen oder dass abgewanderte Landarbeiter wieder entlassen werden müssen. Landarbeiter sollten dementsprechend in der Landwirtschaft bleiben oder dorthin zurückkehren. Die Regierung erhoffte dadurch, das Problem der Landflucht zu mildern, die zudem als Ursache dafür galt, dass sich in Großstädten arbeitslose Industriearbeiter ballten. Die Regierung konnte so auf Zustimmung bei städtischen Erwerbslosen hoffen und Applaus von Bauern erwarten, die nach billigen Dienstboten suchten. Bei den betroffenen Landarbeitern sah das freilich anders aus: Ihre Arbeitsmöglichkeiten schränkte der Staat ein und ihre Aufstiegschancen schwanden, weil ihnen die besser bezahlten Industriearbeitsplätze entzogen schienen. Selbst wenn die Arbeitsämter ihr Eingriffsrecht nicht extensiv nutzten, so konnte bei den Betroffenen doch der Eindruck entstehen, nur eine Figur auf dem Spielbrett der Behörden zu sein, die jederzeit verschoben werden konnte. Langfristig wurde der Beruf des Landarbeiters dadurch noch unattraktiver.

2.6 „Arbeitsplatztausch“

Beim „Arbeitsplatztausch“ oder „Arbeitskräfteaustausch“ sollten Jugendliche auf ihre Stelle verzichten und sie einem Familienvater überlassen.¹³ Weil Appelle an den Gemeinsinn bei Jugendlichen und Arbeitgebern, die Interesse an billigeren Kräften hatten, aus Regimesicht zu schwache Ergebnisse zeigten, fühlten sich diverse Parteistellen berufen, auch rechtswidrig in Beschäftigungsverhältnisse einzugreifen. Der Aktionismus ähnelte also dem Kampf gegen Doppelverdienst und Schwarzarbeit. Anders als auf diesen Gebieten führte der „Arbeitsplatztausch“ aber zu einem Gesetz, weil nach einem Jahr blindwütiger Eingriffe die Reichsregierung nur so eine Möglichkeit sah, dem illegalen Treiben ein Ende zu bereiten. Das „Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen“ ermächtigte das Reichswirtschaftsministerium zu weitreichenden Interventionen, die es dazu nutzte, der Arbeitsverwaltung die alleinige Kompetenz zur Verteilung von Arbeitskräften zu verordnen. Die Arbeitsverwaltung verpflichtete daraufhin die Betriebe, ihre Beschäftigtenstruktur zu überprüfen und den Arbeitsämtern Austauschvorschläge zu unterbreiten; die endgültige Entscheidung behielt die Arbeitsverwaltung – vom Arbeitsamt über Landesarbeitsamt bis zur Reichsanstalt.

¹³ Ebd., S. 212–239.

Auf diesem Amtsweg verloren weit über hunderttausend Jugendliche ihre Arbeitsplätze. Weit bedeutender als amtliche Entlassungen waren aber versagte Einstellungsgenehmigungen. Dadurch behinderten die Arbeitsämter den Aufstieg vieler Jugendlicher und schufen Unmut, sie verursachten aber weniger Ärger, als er entstand, wenn die Ämter die Entlassung bereits eingearbeiteter Kräfte erzwangen.

3 Notstandsarbeiten

Familienväter, die trotz des „Arbeitsplatztauschs“ keine Stellen fanden, sollten bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden.¹⁴ Überhaupt waren für die meisten erwachsenen Erwerbslosen Notstandsarbeiten vorgesehen, sie avancierten zur wichtigsten Beschäftigungsform der „Arbeitsschlacht“. Im Jahr 1934 gingen 200.000 bis 600.000 Erwerbslose gleichzeitig Notstandsarbeiten nach, mit welchen die Infrastruktur verbessert wurde: Strom-, Wasser- oder Gasleitungen wurden verlegt, Wege und Straßen gebaut, Dämme aufgeschüttet, Flüsse begradigt, Wiesen und Äcker entwässert oder Löschteiche angelegt. Notstandsarbeiter, die aus sämtlichen Berufen kamen, hatten meist einfache, aber anstrengende Tätigkeiten zu verrichten, weil die Direktive „schaufeln statt baggern“ galt.

Notstandsarbeiten wurden von der öffentlichen Hand durchgeführt, meist von den Kommunen. Die Finanzmittel stammten größtenteils aus dem Etat der Arbeitslosenversicherung, zu geringeren Teilen auch aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen des Reichs oder anderen Budgets. Die Arbeitsverwaltung war nicht nur an der Finanzierung beteiligt, sondern auch an der Zuteilung der Arbeitskräfte: Die Arbeitsämter vor Ort teilten die Erwerbslosen den unterschiedlichen Notstandsarbeiten zu. Für gewöhnlich blieben die Notstandsarbeiter mehrere Wochen bis wenige Monate beschäftigt, bis sie dann gegen andere Erwerbslose ausgetauscht wurden. So konnte der Arbeitswille möglichst vieler überprüft werden.

Die Begeisterung für Notstandsarbeiten hielt sich bei den Erwerbslosen in Grenzen, zumal bei Stadtbewohnern, wenn sie zu Baustellen in entlegene Gegenden geschickt wurden, dort mühevolle Erdarbeiten zu erledigen hatten und in zugigen Baracken zusammen mit vielen anderen unterkommen mussten. Erschwerend kam hinzu, dass die Löhne nicht selten unterhalb der Unterstützungssätze lagen, insbesondere bei Vätern, die mehrere Familienmitglieder zu

¹⁴ Zu den Notstandsarbeiten: ebd., S. 241–364.

versorgen hatten. Etliche Notstandsarbeiter hatten trotz Arbeit weniger Geld zur Verfügung als vorher. Das war systembedingt, weil sich die ohnehin niedrige Wohlfahrtsunterstützung an der Bedürftigkeit orientierte, die Notstandsarbeiten aber auf Tariflöhnen basierten. Während beispielsweise bei Straßenbauten der höhere Tiefbautarif galt, fielen Bodenverbesserungen in den niedrigen Landarbeitertarif. Und bei verkürzter Arbeitszeit, wie sie allgemein üblich war bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, musste auch der Lohn geringer ausfallen. Die niedrigen Löhne bei Familienvätern konterkarierten freilich die Wahlversprechungen der Nationalsozialisten und säten Zweifel an der propagierten Rollenverteilung, wenn der Mann nicht mehr imstande war, Frau und Kinder zu ernähren – und das gerade wegen der vermeintlichen Wohltat der Arbeitsbeschaffung. Ein weiteres Problem war, dass die berufliche Qualifikation der Notstandsarbeiter verfiel, wenn sie an- oder ungelernten Tätigkeiten nachgingen. Trotz dieser Nachteile überwogen für das NS-Regime die Vorteile: Durch Notstandsarbeiten ließen sich Arbeitslosenzahlen rasch und billig senken, die Arbeitsdisziplin wurde gestärkt, und sogar Rüstungsmaßnahmen ließen sich aus der Arbeitslosenversicherung finanzieren, wenn Notstandsarbeiter bei Vorarbeiten zum Kasernen- oder Flugplatzbau beschäftigt wurden.

4 Arbeitsdienst

Notstandsarbeiten gab es bereits in der Weimarer Republik, ebenso existierte der Arbeitsdienst schon vorher.¹⁵ Der Freiwillige Arbeitsdienst wurde 1931 gegründet und erfuhr seit Sommer 1932 einen beträchtlichen Aufschwung, so dass bald mehr als 200.000 Jugendliche dem Dienst angehörten. Zu Weimarer Zeit trugen ihn vor allem die großen Jugendbünde, öffentlich-rechtliche Körperschaften, Turn- und Sportvereine, kirchliche und karitative Verbände. 1933 gab es gravierende Änderungen: Unter der Hitler-Regierung wurden regimeferne Dienstträger teils gewaltsam gleichgeschaltet, bis nur noch nationalsozialisti-

¹⁵ Zum Konflikt beider Beschäftigungsformen – selbst bei der Propaganda: Detlev Humann, Kleinkrieg in der „Arbeitsschlacht“. Der Dauerstreit zwischen Arbeitsdienst und Notstandsarbeiten im Dritten Reich, in: ZfG 60 (2012), S. 54–70; ders., Kleinkrieg beim Kulturfilm. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Streit um Kampf um Brot (1936), in: Filmblatt 16 (2011/12) 46–47, S. 41–52. Zum Arbeitsdienst: Kiran Klaus Patel, „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945, Göttingen 2003; Michael Hansen, „Idealisten“ und „gescheiterte Existenzen“. Das Führerkorps des Reichsarbeitsdienstes. Diss. Univ. Trier, 2004. [<http://ubt.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2004/266/pdf/MichaelHansenDiss.pdf>], eingesehen 6.4.2013; Humann, Arbeitsschlacht, S. 241–364.

sche Träger übrig waren. Auch das Betätigungsfeld des Arbeitsdienstes für die männliche Jugend wechselte: Während in der Demokratie vorwiegend Landschaftspflege und Sportstättenbau betrieben wurde, konzentrierte sich der Dienst in der Diktatur auf die Bearbeitung des Bodens, um dem Ziel der Autarkie oder „Brotfreiheit“ näher zu kommen; zugleich ließ sich die ideologische Verehrung von „Blut und Boden“ zelebrieren.

Im NS-Staat änderte sich nicht nur das Aufgabenfeld, sondern auch die institutionelle Anbindung: Der Arbeitsdienst trennte sich von der etablierten Arbeitsverwaltung und errichtete einen eigenen zentralistischen Apparat, der mehr und mehr expandierte. Überstürzte Umformierungen, Finanzprobleme, ungeeignete Führer und Missstände in den Lagern kennzeichneten den Dienst. Rund anderthalb Jahre dauerten die chaotischen Verhältnisse, erst ab Mitte 1934 gab es Besserung. Nach Einführung der Wehrpflicht beschloss die Regierung im Juni 1935 die Arbeitsdienstpflicht; zugleich entstand der Reichsarbeitsdienst. Die neue Dienstpflicht galt prinzipiell für Jugendliche beiderlei Geschlechts, rekrutierte tatsächlich aber nur junge Männer. Der Arbeitsdienst für junge Frauen nahm eine eigenständige Entwicklung, und erst 1936 wurde der weibliche Dienst in den Reichsarbeitsdienst integriert.

Finanzierung und Durchführung von Projekten des Arbeitsdienstes gestalteten sich anfangs ähnlich wie bei den Notstandsarbeiten; der Großteil der Mittel stammte aus der Arbeitslosenversicherung. Nach anderthalb Jahren Diktatur musste die Abrechnungsbasis zugunsten der Kommunen geändert werden, die über schlechte Arbeitsleistungen des Dienstes geklagt hatten. Streitigkeiten gab es auch wegen der Lager: Der nationalsozialistische Arbeitsdienst hatte üppig ausgestattete Lager verlangt, die er dann aber schon nach kurzer Zeit wieder verließ, weil er nur noch große Einheitslager mit 216 Mann betreiben wollte. Die Aufwendungen vieler Kommunen erwiesen sich dadurch als Fehlinvestitionen, so dass die Bereitschaft sank, Lager zu finanzieren; der Arbeitsdienst musste mit eigenen Mitteln einspringen.

Hinzukamen weitere Probleme: Schon die Planung vieler Projekte verlief mangelhaft, weil der nationalsozialistische Arbeitsdienst anfangs keine Fachleute hierfür hatte, aber auch nicht mit den etablierten Kulturbaubehörden kooperieren wollte. Stattdessen sollten – entsprechend dem Expansionsbestreben – eigene Planungsstäbe eingerichtet werden. Nach unzureichenden Plänen zu arbeiten war allein schon ineffizient. Die Träger der Arbeiten, die Kommunen, mussten aber weitere Erschwernisse in Kauf nehmen: Die jugendlichen Dienstleistenden waren ungeübt und ungelernt. Der Arbeitsdienst schickte zudem ungeeignete, gesinnungsfeste Führer auf die Baustellen, die selbst zuschauten, jedoch nicht mitarbeiteten. Außerdem war die Wochenarbeitszeit geringer als bei Lohnarbeitern, weil die Organisation auch mit Exerzieren und

Paradien befasst war; die Jahresarbeitszeit war geringer, weil der Arbeitsdienst bei der Erntehilfe eingespannt war. Dadurch sank die Arbeitsleistung, während die Lasten für die Träger blieben, weil Werkzeuge und Materialien länger gemietet werden mussten.

Die Jugendlichen waren im Allgemeinen wenig geneigt, in den nationalsozialistischen Arbeitsdienst einzutreten. Zu Weimarer Zeit konnten die Jugendlichen noch häufig im offenen Lager am Heimatort bleiben und sich dennoch im Arbeitsdienst betätigen – bei einem Dienstträger, der ihnen nahestand. Dagegen mussten sie im „Dritten Reich“ ins geschlossene Lager, das meist entfernt vom Wohnsitz lag und in welchem sie ideologisch indoktriniert und militärisch gedrillt wurden. Enttäuscht waren die Jugendlichen, wenn sie am Ende ihrer Dienstzeit nicht mehr an ihren angestammten Arbeitsplatz zurückkehren konnten oder nicht die erhoffte Arbeit fanden, obwohl ihnen die Organisation oft Versprechungen gemacht hatte, die die Arbeitsämter indes nicht einlösen konnten.

5 Landhilfe

Nach Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst war die Landhilfe die drittwichtigste Beschäftigungsform in der „Arbeitsschlacht“.¹⁶ Bei der Landhilfe vermittelten die Arbeitsämter Jugendliche – vorwiegend aus den Städten – zu möglichst entfernten Bauernhöfen. Dort verrichteten sie gegen geringes Entgelt die typischen Tätigkeiten von Dienstboten. Die Landhilfe war keine Erfindung der Nationalsozialisten. Planungen erbte die Hitler-Regierung von ihrer Vorgängerin, sie mussten nur noch umgesetzt werden, was auch in großem Umfang geschah: In den meisten Monaten der Jahre 1933 bis 1935 gingen über hunderttausend Jugendliche agrarischen Arbeiten nach. Diese Teilnehmerzahlen erzielte die Landhilfe nur, weil sie für die jungen Arbeitssuchenden nur anfangs und nur auf dem Papier freiwillig war – und weil sie die Bauern mit Geldern aus der Arbeitslosenversicherung subventionierte.

Die Landhilfe verfrachtete viele Jugendliche in die unbekannte Welt kleiner Dörfer und verstreuter Güter – bevorzugt Ostelbiens. Die Jugendlichen waren meist allein bei den Bauern untergebracht, sie hatten kaum Kontakt zu anderen Landhelfern; selbst die Bemühungen der Hitlerjugend bewirkten nicht viel. Oft haderten die Helfer mit den niedrigeren, zumindest andersartigen Standards bei Unterkunft und Verpflegung, mit dem abgeschiedenen Leben in der religiösen

16 Zur Landhilfe: Humann, *Arbeitsschlacht*, S. 481–591.

Diaspora. Sie kamen schwer zurecht mit der knappen und dann oft öden Freizeit sowie den langen Arbeitszeiten bei anstrengender Tätigkeit. Sowohl die Landhelfer als auch die Bauern hatten oft zu hohe Ansprüche an die jeweils andere Seite, was zu Streitigkeiten führte. Dabei hatten die Bauern als Haus- und Hofherren zweifellos die stärkere Position. Viele Landhelfer sahen deshalb keine andere Möglichkeit, als sich vertragsbrüchig und mehr oder minder mittellos auf die Heimreise zu begeben.

Wenn es sich die Jugendlichen leisten konnten, so mieden sie die Landhilfe von Anfang an. Den Parteigenossen und Parteinahen gelang das besser als den gewöhnlichen „Volksgenossen“. Wenn Jugendliche die Wahl hatten, dann gingen sie eher nicht zur Landhilfe, sondern lieber zum Arbeitsdienst, weil sie dort die Gemeinschaft Gleichaltriger erwartete. Die institutionellen Rahmenbedingungen des NS-Staates boten wenig Gewähr dafür, dass die Landhilfe allgemeine Akzeptanz fand. Die städtischen Wohlfahrts- und Arbeitsämter wollten sich schnell ihrer jungen Erwerbslosen entledigen und entsandten deshalb auch kranke und schwache Landhelfer. Die ländlichen Dienststellen mussten sich dann der exportierten Probleme annehmen. Mängel und Missstände vor Ort nutzten dann Reichsjugendführung und Landwirtschaftsbürokratie, um ihre Mitsprache einzufordern. Der Reichsjugendführung gelang es so, die Landhilfe nach einigen Jahren in den eigenen Landdienst zu übernehmen, der ideologiegetränkter war und die überzeugteren Jugendlichen versammelte. Vor Ort setzte sich die Hitlerjugend noch am ehesten für die Landhelfer ein, die vereinzelt und relativ schutzlos waren. Dagegen hat der Reichsnährstand die lokalen Probleme kaum entschärft, sondern im Gegenteil das Macht- und Missbrauchspotenzial der Bauern vergrößert, wenn er sich selbst bei offenkundigen Missständen auf die Seite der Landwirte schlug. Die Reichsanstalt mit ihren Arbeitsämtern spielte in diesem Gefüge eine schwache Rolle. Obwohl sie für die Landhilfe maßgeblich verantwortlich war, setzte sie ihre Vorstellungen kaum durch. Vorgeschriebene ärztliche Untersuchungen wurden häufig unterlaufen, die Bauernhöfe zu schlecht kontrolliert. Die Jugendlichen wurden mit falschen Versprechungen aufs Land gelockt, in der Hoffnung, sie würden sich dort dann in ihr Schicksal fügen.

Dass die Landhilfe trotz gravierender Probleme jahrelang existierte, hatte vor allem einen Grund, der paradox anmutet: Die Landhilfe verdankte ihre Entstehung der Krise, sie verdankte ihr Fortbestehen aber gerade dem Aufschwung: Der Aufschwung nämlich verringerte den Unmut über die Institution, weil es immer weniger Jugendliche traf, die aus ökonomischer Notwendigkeit heraus als Landhelfer zum Billigtarif arbeiten mussten. Die sich bessernde Konjunktur bot immer mehr Möglichkeiten, die unbeliebteste Form der Arbeitsbeschaffung zu umgehen. So schrumpfte der Ärger über die Landhilfe ebenso wie die Zahl der Teilnehmer.

6 Propaganda

Weil die NS-Propagandisten wussten, wie unpopulär die Landhilfe war, tilgten sie sie meist aus den Erfolgsbilanzen des Regimes.¹⁷ Auch mit Notstandsarbeiten wollte man nicht unbedingt Werbung treiben, weil die meisten Notstandsarbeiter mit ihrer Beschäftigung ebenfalls unzufrieden waren. So schien es geschickter, einen kollektiven Kontext von „Arbeitsbeschaffung“ und „Aufbau“ zu schaffen, in den sich die „Volksgemeinschaft“ eingebettet sehen konnte. Unter dem Gesichtspunkt der Propaganda war der Arbeitsdienst die Ausnahme. Angesichts von inkompetenten Führern, Organisationschaos und schwachen Leistungen hätte man erwarten dürfen, dass auch der Arbeitsdienst nicht vorzeigbar gewesen wäre. Doch die Mängel der ersten Zeit kaschierten die Propagandisten mit ideellen und erzieherischen Werten, die sie dem Arbeitsdienst anhefteten. Dazu nutzte die Organisation die verschiedensten Medien und Instrumente, darunter auch Parteitagsparaden, Lieder, Bildbände, Wanderausstellungen und Erlebniserzählungen, die von Abenteuerium und Kameradschaft schwärmten. Besonders im Medium Film ließ sich eine freudig disziplinierte Arbeitstruppe zeigen – die freilich wenig mit der Realität zu tun hatte, die eher aus ödem Drill und mühsamer, ineffizienter Handarbeit bestand.

7 Schluss

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hieß im „Dritten Reich“ zunächst: Übernahme und Ausweitung der Programme aus der Zeit der Weimarer Republik. Nach einem halben Jahr zeichnete sich allerdings ab, wie die Nationalsozialisten die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auch nach ideologischen Kriterien umgestalteten. Das Ehestandsdarlehen verteilte die Rollen zwischen Männern und Frauen zwar nicht neu, doch zementierte es die alten Muster: Frauen sollten ihre Arbeitsplätze außerhalb des Hauses aufgeben und sich um Heim und Nachwuchs kümmern, so dass Männer und Väter leichter ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten. Die finanziellen Verlockungen kamen dabei direkt den Eheleuten zugute und indirekt dem inländischen Handel und Gewerbe für Möbel und Hausrat. Doch diese Lockung reichte nicht, Zwang schien nötig, um die Zuweisung von Rollen und Arbeitsplätzen zu beschleunigen, so dass sich auch Erfolge in der Erwerbslosenstatistik vorweisen ließen. Die „Doppelverdienerin“ und der „Doppelverdiener“ gerieten ins Visier vor allem von Parteifunktionären, die jene ohne

17 Zu den propagandistischen Aspekten der Arbeitsbeschaffung: ebd., S. 593–702.

rechtliche Grundlage von ihren Stellen verdrängten. Ähnlich aktionistisch verlief der Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Schwarzarbeit. Beim schönfärberischen „Arbeitsplatztausch“, der Jugendliche ihrer Stellen beraubte, waren die Interventionen nationalsozialistischer Amtswalter so verstörend, dass es der Gesetzgeber nicht mehr nur bei mäßigenden Appellen beließ, sondern einschritt und allein der Arbeitsverwaltung derart tiefe Eingriffsrechte in Beschäftigungsverhältnisse zuschrieb. Trotz rechtlicher Einhegung blieb der Arbeitsplatzverlust für die Betroffenen derselbe. Spürbar war auch die Beschränkung der Freizügigkeit für Stellensucher, die nach Berlin, Hamburg oder Bremen strebten; gravierender war die angedrohte oder verwirklichte Beschränkung der Berufsfreiheit für Landarbeiter, die sich im Agrarsektor eingesperrt fühlen mussten. Solche Freiheitseinschränkungen wirkten ähnlich anachronistisch aus der Zeit gefallen wie das Maschinenverbot in der Zigarrenindustrie.

Maschinenvermeidung zeichnete auch die wichtigste Beschäftigungsform der „Arbeitsschlacht“ aus: Bei Notstandsarbeiten verbesserten erwachsene Erwerbslose die Infrastruktur. Die Handarbeit der Notstandsarbeiter überhöhte man dabei aber weniger stark als die Handarbeit der Jugendlichen im Arbeitsdienst. Das hatte mit dem Spektrum der Arbeiten zu tun: Während Notstandsarbeiter ein größeres Aufgabenfeld hatten und beispielsweise auch beim Ausbau städtischer Versorgungsleitungen zu Werke gingen, kaprizierte sich der nationalsozialistische Arbeitsdienst auf Bodenverbesserung oder Landgewinnung, jedenfalls auf Tätigkeiten, die ideologisch-propagandistisch besser zu verwerten waren und dem Erhalt oder der Vermehrung von Blut, Boden oder Brot zu dienen schienen. Der ideologische Vorrang des Arbeitsdienstes, der Erdarbeiten als Ehrendienst verklärte, musste nach nationalsozialistischer Logik dazu führen, dass jüdische Jugendliche vom Arbeitsdienst ausgeschlossen wurden. Ähnlich lauteten die Ansprüche bei der Landhilfe. Die Ideologen des Reichsnährstandes verlangten, dass das deutsche Bauerntum nicht von „verderbten“ jüdischen Jugendlichen infiltriert werde. Die ideologische Aufwertung galt also auch der Landhilfe, doch ließ sie sich dort weniger gut in den Köpfen festsetzen als beim Arbeitsdienst. Während die Arbeitsdienstleistenden der nahezu täglichen weltanschaulichen Schulung ausgesetzt waren, waren die Landhelfer lediglich ihrem Bauern ausgeliefert, der sich nicht immer als „nationaler Sozialist“ erwies, sondern öfter den kapitalistischen Ausbeuter jugendlicher Arbeitskraft gab. Daher musste die Propaganda zuweilen postulieren, dass die Landhelfer ihre Bauern nationalsozialistisch erziehen sollten – und nicht etwa umgekehrt.

Der Einwirkungsgrad auf die Arbeitskräfte unterschied sich also je nach Beschäftigungsform und hing wiederum mit der Unterbringung zusammen: Während Landhelfer in einer Kammer auf dem Bauernhof unterkamen, waren die Arbeitsdienstleistenden im umgrenzten Lager untergebracht. Bei den Notstands-

arbeitern hing die Unterbringung von der Entfernung der Heimat zur Baustelle ab: bei kurzer Entfernung konnten die Notstandsarbeiter weiterhin zu Hause übernachten, bei größerer Entfernung oft in einer Baracke zusammen mit anderen. Die Erfahrung ununterbrochener Gemeinschaft war bei den Notstandsarbeitern daher seltener als bei Arbeitsdienstleistenden. Ob sie als positiv empfunden wurde, hing stark von Vorgesetzten oder Führern ab, und oft dürfte es Kameradschaft nur unter den Arbeitenden gegeben haben, die verhasste Führungsfiguren erträglicher machte. Am wenigsten Gemeinschaft gab es für die Landhelfer, sie konnten lediglich auf sporadische Treffen bei der Hitlerjugend hoffen.¹⁸

Wenn man bei der „Arbeitsschlacht“ schon nicht von Mobilisierung der „Volksgemeinschaft“ oder gar Mobilmachung sprechen möchte, so ist zumindest ein gewisser Zwang zur Mobilität festzuhalten: Die heimatferne Arbeit und Unterbringung traf Notstandsarbeiter zuweilen, sie war bei Arbeitsdienstleistenden und Landhelfern normal. Gerade bei der Landhilfe gehörte es zum Konzept, die städtischen Jugendlichen in den agrarischen Osten zu verschicken, um die vertragsbrüchige Rückkehr zu erschweren; das Eisenbahnbillet galt nur in eine Richtung. Und mit der dürftigen Entlohnung der Landhelfer war eine eigenständige Rückkehr kaum möglich, der Lohn hing ohnehin zuletzt vom Bauern ab, der einen Teil seiner Subvention aus der Arbeitslosenversicherung an den Helfer weiterreichte. Finanziell noch schlechter gestellt waren Arbeitsdienstleistende, sie wurden bei freier Unterkunft und Verpflegung mit einem Taschengeld abgespeist. Lediglich der Notstandsarbeiter konnte auf Tariflohn hoffen, allerdings achtete die Ministerialbürokratie darauf, dass im Zweifel der niedrigere Tarif angewandt wurde.

Wenn die Arbeitsbeschaffung also finanziell kaum Verbesserungen oder sogar Verschlechterungen gegenüber dem Unterstützungsbezug brachte, wenn die mühevollen und monotone Handarbeit kaum befriedigen konnte, dann stellt sich die Frage: Wie konnte die „Arbeitsschlacht“ dennoch zur Erfolgsgeschichte werden? Für die Betroffenen war das am ehesten im Rückblick möglich, nämlich dann, wenn sie wieder einen gutbezahlten regulären Arbeitsplatz innehatten, den der Wirtschaftsaufschwung ermöglicht hatte. Dass der Aufschwung durch die Aufrüstung bedingt war, musste den „Volksgenossen“ nicht unbedingt bewusst werden. Die Propaganda versuchte zumindest, den Zusammenhang nach Kräften zu kaschieren, und sprach fortwährend vom „Aufbauwerk des Führers“

18 Zur Disziplinierung flüchtiger Landhelfer oder aufbegehrender Notstandsarbeiter setzte das Regime mancherorts auch Zwangslager ein: Detlev Humann, Ordentliche Beschäftigungspolitik? Unterstützungssperren, Drohungen und weitere Zwangsmittel bei der „Arbeitsschlacht“ der Nationalsozialisten, in: VfZ 60 (2012), S. 33–67, hier S. 54–60.

statt von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Im saturierten Rückblick der Vollbeschäftigung konnten Versatzstücke der Propaganda überzeugen, weil sie sich mit den eigenen Erfahrungen in Einklang bringen ließen: Der vielbeschworene „Opfergeist“ schien tatsächlich Erfolg gebracht zu haben, die Zumutungen der Notstandsarbeit, des Arbeitsdienstes oder der Landhilfe hatten sich wohl gelohnt, weil sie nur eine kurze Etappe auf dem Weg zu neuem Einkommen und gutem Auskommen gewesen zu sein schienen. Jugendliche, die 1933 von ihrer Stelle verdrängt wurden, um älteren Familienvätern Platz zu machen, konnten diese Zumutung 1937 tatsächlich als selbstlosen Beitrag zur „Volksgemeinschaft“ werten, auch wenn sie den Verlust zum früheren Zeitpunkt vielleicht als schreiende Ungerechtigkeit empfunden hatten. Die Arbeitsplatzbesitzer, die ihre Stellen über die Krisenzeit hinweg behielten, spürten die Zumutungen der „Arbeitsschlacht“ ohnehin nicht, abgesehen von kleineren Zusatzbelastungen wie der Arbeitsspende oder der Ehestandshilfe. Sie konnten sich darüber freuen, dass sich mit der Arbeitsbeschaffung die Infrastruktur verbesserte und Beschäftigung entstand. Solange die Unbill der Arbeitsbeschaffung nur die anderen traf, war sie leicht als nötige Härte – den Zeitumständen geschuldet – zu verbuchen. Letztlich konnten also Betroffene und Nichtbetroffene die „Arbeitsschlacht“ als Sieg aller „Volksgenossen“ verbuchen, zumindest solange die „Volksgemeinschaft“ in Vollbeschäftigung stand, was bis zum Ende der Fall blieb. Die „Arbeitsschlacht“ schien sich in der Krisenüberwindung bewährt zu haben, der „Führer“ Wort gehalten zu haben. Dass der Lebensstandard im „Dritten Reich“ stagnierte oder sogar sank im Vergleich zur Vorkrisenzeit, übertünchte die nationalsozialistische Propaganda. Ihr Referenzpunkt war nie die „gute Zeit“ der Weimarer Republik, sondern stets die Depression der Weltwirtschaftskrise. Und seither war es tatsächlich aufwärts gegangen.

Hatte damit die „Arbeitsschlacht“ die Grundlage einer „Volksgemeinschaft“ geschaffen, die dem „Führer“ zu verdanken war? Zumindest retrospektiv konnte in der Bevölkerung der Eindruck entstehen, dass die Lobpreisungen des Dankgebetes von 1936 gerechtfertigt waren. Dass der Konjunkturaufschwung sich schon im zweiten Halbjahr 1932 abzeichnete, war kein Allgemeinwissen der Zeitgenossen. Ebenso wenig war das Ausmaß der Aufrüstung und damit der Staatskonjunktur abzusehen. Die Zumutungen der „Arbeitsschlacht“ erlebten zwar viele am eigenen Leib oder dürften sie zumindest vom Hörensagen gekannt haben. Aber in besseren Zeiten ließ sich die Rückschau auf schlechtere Zeiten gut ertragen. Dass sich der Diktator um die Arbeitsbeschaffung selbst wenig gekümmert hatte, wussten die Zeitgenossen nicht, sie konnten glauben, was die Propaganda stets versicherte: Alle Erfolge beruhten auf Hitler. Und für Missstände – etwa beim Arbeitsdienst oder in der Landhilfe – trug der „Führer“ keinerlei Verantwortung.